

Friedrich August von Hayek-Gesellschaft feiert erste Dekade – Zinsbesteuerung reizt zur Hinterziehung

Weshalb EU und Kommunen Hayek lesen sollten

Von Peter Kuster
Freiburg i. B.

Die Hayek-Gesellschaft feiert heuer ihren zehnten Geburtstag bei bester Gesundheit. Das liegt allerdings nicht daran, dass sich das Gedankengut des Ökonomen und Sozialphilosophen Friedrich August von Hayek (1899 bis 1992) in Politik und Gesellschaft breit durchgesetzt hätte. Vielmehr laufen viele Aktionen und Entwicklungen der letzten Jahre der Hayekianischen Idee der Freiheit so zuwider, dass dies liberale Gegenkräfte mobilisiert und galvanisiert.

Wer vergangene Woche die diesjährigen Hayek-Tage in Freiburg i. B. (die dortige Albert-Ludwigs-Universität war Hayeks letzte Wirkungsstätte) besuchte, wurde indes rasch gewahr, dass die Hayekianer nicht den Kult eines abgehobenen und wissenden Zirkels zelebrieren, sondern dazu beitragen wollen, taugliche Lösungen für aktuelle politische Probleme zu finden. Dass in Freiburg die Themenpalette wie schon im Vorjahr in Potsdam (vgl. FuW Nr. 46 vom 13. Juni 2007) wiederum breit war, kann einen liberalen Geist nicht abschrecken.

Informelles ist auch wichtig

Im Nachwuchsworkshop wurden der institutionelle Schutz des Wettbewerbs in Russland, die Neuausrichtung der EU-Wettbewerbspolitik sowie die «Theorie und Praxis der Privatisierung in Brandenburg» behandelt. Marina Grusevaja von der Universität Potsdam betonte, wie wichtig es ist, dass formelle Institutionen (Gesetze) und informelle Institutionen («Sitten und Gebräuche») zusammenspielen. Das sei in Russland Anfang der Neunziger-



Zwei Streiter für die Sache der Freiheit tragen neu die Hayek-Medaille: Prof. Vernon Smith, Nobelpreisträger (links), und Robert Nef, Liberales Institut. BILDER: PD/IRIS C. RITTER



jahre nicht der Fall gewesen, als ein modernes Wettbewerbsrecht nach westlichem Vorbild der alten kollektivistischen Mentalität übergestülpt wurde. Richter Thomas Heidrich legte offen, wie der von der neuen Industrieökonomik geprägte Wettbewerbsansatz der Europäischen Kommission mit Hayeks Wettbewerbsbegriff kollidiert. Von der supranationalen auf die kommunale Ebene herunter führte Saskia Funck, finanzpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg. Die neue Kommunalverfassung ihres Landes ermutige die Gemeinden dazu, ihr wirtschaftliches Betätigungsfeld auszudehnen – was die ohnehin bescheidenen Privatisie-

rungserfolge des schuldenbeladenen Landes konterkarieren.

Wer – nicht nur, aber v. a. in Deutschland – liberal denkt, kann der Steuerfrage nicht ausweichen. Prof. Charles Blankart von der Humboldt Universität Berlin gelang es, auf dieser ziemlich zertrampelten Wiese einige Blüten zu pflücken. Vertraue der Bürger dem Staat voll, betrage die Steuerehrlichkeit 100%. Er bezweifelte, dass mehr Repression (negativer Anreiz) die Steuerhinterziehung eindämmen kann. Wenn der Staat unrechtmässig erlangte Daten erwerbe und sie einsetze, um Steuervergehen exemplarisch zu bestrafen (wie dies Deutschland tut), wachse

zwar die Wahrscheinlichkeit, erwischt zu werden. Aller Erfahrung nach führe dies aber nicht dazu, dass Bürger ehrlicher würden. Vor allem bei Steuern auf Zinserträgen – Blankart belegte mit Beispielrechnungen den fast schon konfiskatorischen Charakter dieser Abgabenart – sei der Anreiz zur Nichtehrlichkeit übermächtig.

Experiment bestätigt Klassiker

Gerhard Schwarz, Vorsitzender der Hayek-Gesellschaft sowie Leiter Wirtschaft und stellvertretender Chefredaktor der NZZ, oblag es, die zwei Persönlichkeiten zu würdigen, die heuer mit der Hayek-Medaille ausgezeichnet wurden. Es handelt sich um Prof. Vernon Smith, Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften 2002, und Robert Nef, Präsident des Stiftungsrats des Liberalen Instituts und Mitherausgeber der «Schweizer Monatshefte». Beide sind für Leser der «Finanz und Wirtschaft» keine Unbekannten. Smith gilt als Vater der Forschungsrichtung ökonomischer Experimente, einem Zweig der Behavioral Finance (vgl. Interview in FuW Nr. 76 vom 25. September 2004). Nef schreibt periodisch Leitartikel für dieses Blatt.

Nef nahm in seiner Dankesrede bewusst nicht eindeutig, aber dennoch pointiert Stellung zur Frage, ob das Mehrheitsprinzip eine Bedrohung oder einen Hort der Freiheit bildet – am besten sei es, möglichst viel dem Einzelnen und möglichst wenig der Politik zu überlassen. Smith bekannte, ihm sei erst in den letzten Jahren bewusst geworden, wie sehr die Ergebnisse zum menschlichen Verhalten, die er aus seinen Laborexperimenten über Jahrzehnte gewonnen habe, die Erkenntnisse der liberalen Klassiker bestätigten.

Die globale Wachstumsschwäche wird die Rohstoffinflation bremsen Kein Grund für Stagflationsängste

Die Kombination eines verlangsamten Wachstums der Weltwirtschaft und der scheinbar ungebremst steigenden Energie- und Rohstoffpreise verunsichert die Investoren immer mehr. Das Schreckgespenst der Stagflation macht die Runde und belastet Aktien- und Obligationenmarkt gleichermaßen. John Greenwood, Chefökonom des britischen Vermögensverwalters und Fondshauses Invesco, hält die Furcht der Investoren für übertrieben.

Letzte Spekulationsblase

Er rechne mit einer ausgedehnten, aber moderaten Wachstumsabkühlung in mehreren bedeutenden Wirtschaftsräumen – besonders den USA, Grossbritannien und Teilen des Euroraums, erläutert Greenwood in seinem jüngsten Quartalsausblick. Als «gute» Seite dieser Entwicklung wertet er, dass durch das Kürzertreten der Konjunktur die globale Nachfrage derart gedämpft wird, dass die Rohstoffpreise eher früher als später nach unten korrigieren. Den spekulativen Aufblähungen an den Energie- und Rohstoffmärkten werde dadurch ein Riegel geschoben.

Er wertet die Rohstoffblase als «letzten Wurf» der Spekulanten nach den Preisblasen am Häuser-, am Kredit- und am Aktienmarkt. «Sobald die grossen Volkswirtschaften ausreichend an Fahrt verlieren, wird auch der Nachfragedruck nachlassen.» Mit dem Rückgang der Rohstoffpreise werde dann die letzte Phase der aktuellen Serie an spekulativen Übertreibungen enden. Das würde die Finanzmärkte in wieder ruhigere Bahnen lenken.

Inflationsängste seien auch deswegen übertrieben, weil der Abbau der «enorm hohen Fremdfinanzierung» des Finanzsektors und der privaten Haushalte, der mit der Normalisierung der Kreditmärkte einhergeht, deflationär wirkt. Die Bilanzgesundheit nehme jedoch noch einige Zeit in Anspruch. «Die Normalisierung der Marktkonditionen wird noch mehrere Monate dauern und weitere Liquiditätsspritzen durch die globalen Notenbanken erfordern.»

Er erwarte eine längere Phase unterdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums. Eine Rezession erscheint aber nicht auf dem Radar des Chefökonomens. Damit würde neben der Inflation auch der an-

dere Teil des Stagflationsgespensts, die Stagnation, an Wahrscheinlichkeit verlieren.

Asien erholt sich schneller

Faktoren wie die rasche Lockerung der US-Geldpolitik und der kräftige Export aus Ländern mit «weich gewordenen Währungen wie die USA und Grossbritannien» in die Schwellenmärkte würden den konjunkturellen Abschwung begrenzen. Der Euroraum werde dem globalen Trend folgen und das Jahr mit schwächeren Wachstums- und Teuerungsraten abschliessen.

Angesichts der Tatsache, dass die Industriestaaten 70% der globalen Wirtschaftsleistung bestreiten, könnten sich die Schwellenländer vom Schwächetrend nicht abkoppeln. Besonders in Asien (ohne Japan) zwingt der Teuerungsschub zu einer geldpolitischen Verschärfung, was die Wachstumsdynamik dämpfe. Allerdings leidet Asien nicht unter einer hohen Überschuldung wie die USA und Grossbritannien. Daher sei in dieser Region der Abschwung «kürzer und weniger heftig als in den grossen Industrieländern», glaubt Greenwood. HF

Carry Trades schwächen Yen

Riskantes Währungsspiel

Als sich die Finanzkrise in den ersten Monaten 2008, bis zur Rettung der US-Bank Bear Stearns Mitte März, verschärfte, erwies sich der Yen als Zuflucht in unsicheren Zeiten. Investoren erinnerten sich an die Stärken des Inselstaats: Leistungsbilanzüberschuss, riesige Privatvermögen, geringe Verschuldung, wenig Inflationsgefahr, da Japan eben erst der Deflation entwichen war, hohe Energieeffizienz. Mit dem (vermeintlichen) Abklingen der Finanzmarkturbulenzen nach Bear Stearns schwächte sich auch der Yen wieder ab. Jetzt drohen den Banken neue Belastungen, und die Finanzkrise stellt sich als hartnäckiger heraus als vielfach angenommen. Doch ein erneutes Aufbäumen des Yens bleibt aus. Weshalb? Reagiert die Währung mit Verzögerung doch noch?

Waren im Frühjahr noch weitere Leitzinssenkungen der US-Notenbank erwartet worden, wodurch sich die Zinsdifferenz zum Dollar reduziert hätte, gehen die Finanzmärkte jetzt von höheren Leitzinsen in den USA und im Euroland aus. Carry Traders nehmen wieder billige Kredite in Yen auf und investieren sie am Dollar- und am Eurogeldmarkt. Sie profitieren von der Zinsdifferenz von rund 3,5 Prozentpunkten, «demnächst vielleicht sogar von 4», wie Eberhard Unger von Fairsearch in Frankfurt vermutet. «Das schwächt den Yen, stärkt den Euro und stabilisiert zumindest den Dollar.»

Aber der Schein trügt. «Die derzeitige Schwäche des Yens dürfte nur eine Episode sein», warnt Unger. Leitzinserhöhungen des Fed und der EZB sind am Devisenmarkt eingepreist, die labile Konjunktur lässt ein kräftiges Anziehen der Geldzügel nicht zu. In Japan selbst sind die Währungshüter an einem weiteren Abgleiten des Yens nicht interessiert. Inflation würde dann doch zum Problem. Damit steigt das Risiko einer Schiefelage für die Carry Traders, sie dürften in den kommenden Monaten den Yen zumindest nicht weiter schwächen. Die Steigerung des Yens ist nur aufgeschoben. Mit einer festeren Währung kommen die Unternehmen klar. Japan, in vielen Portefeuilles noch krass untervertreten, lockt mit neuer Attraktivität. HF

Auslandkommentar

Wer stürzt Mugabe?



Von Wolfgang Drechsler
Kapstadt

Es fällt schwer, Simbabwe nicht als hoffnungslosen Fall abzuschreiben. Das Ausmass seines wirtschaftlichen Niedergangs, der staatliche Terror, das soziale Trauma und die Massenflucht von Menschen und Kapital sind so schlimm wie in einem Land, das von einem Krieg heimgesucht wurde. In nur acht Jahren ist die Wirtschaft über 40% geschrumpft – mehr als in Bürgerkriegsländern wie Sierra Leone und dem Kongo.

Nach seinem rücksichtslos erknüppelten Wahlsieg hat sich Mugabe in Rekordzeit zum neuen Präsidenten gekürt. Bereits am Montag trat er auf dem Gipfel der Afrikanischen Union (AU) in Ägypten auf. Statt wie der Rest der Welt die Wahlfarce einmütig zu verurteilen und dem Regime jedwede Anerkennung zu verweigern, kommen aus Afrika erneut widersprüchliche Signale: Obwohl die Solidarität mit Mugabe langsam bröckelt, haben bislang weder die AU noch die Staaten des südlichen Afrika (SADC) Mugabes Wahlterror klar verurteilt. Statt dessen wird vage über Verhandlungen des Regimes mit der Opposition schwadroniert – Gespräche, die ein durch Afrika legitimer Mugabe dann aus einer Position der Stärke führen könnte.

Die immer wieder von Afro-Optimisten beschworene Annäherung Afrikas an demokratischere Verhältnisse würde bei einer Anerkennung Mugabes als Präsidenten einen schweren, vermutlich fatalen Rückschlag erleiden. Denn wenn Afrika nicht einmal im Fall von Simbabwe aktiv eingreifen würde, entstünde ein Präzedenzfall, der jedem künftigen Gewaltherrscher freie Hand gäbe.

Besonders schändlich ist in dieser Schmierkomödie die Rolle Südafrikas und dessen Präsidenten Thabo Mbeki. Ausgerechnet der langjährige Hoffnungsträger des Westens hat sich endgültig als Anti-Demokrat und treuester Vasall Robert Mugabes entpuppt. Dabei hat Südafrika den Schlüssel zu einer Lösung in Simbabwe: Sollte das Land sich entschliessen, die Grenze zu seinem nördlichen Nachbarn auch nur kurze Zeit dichtzumachen, stünden dort schnell alle Räder still.

Dass Jacob Zuma, Mbekis möglicher Nachfolger im Präsidentenamte, mehr Rückgrat hat als Mbeki, ist zu bezweifeln. Als Populist hängt Zuma sein Fähnchen gern nach dem Wind. Dass er die Lage in Simbabwe schärfer als Mbeki kritisiert, heisst nicht, dass er mit Nachdruck gegen das Regime in Harare vorgehe. Ein echter Demokrat ist Zuma ohnehin nicht. So hat er erst vor ein paar Wochen den totalen Machtanspruch der Regierungspartei African National Congress (ANC) mit der Aussage untermauert, dass die frühere Widerstandsbewegung «bis zur zweiten Wiederkehr Jesu» in Südafrika herrschen werde.

Trotz seines begrenzten Einflusses ist der Westen nicht schuldlos an der Lage in Simbabwe. Aus Sorge, als neokolonialistisch beschimpft zu werden, haben europäische Politiker die Afrikaner viel zu selten an deren Verantwortung erinnert. Viel zu lange hat der Westen Mugabe sogar hofiert – auch das hat zu seinem Grössenwahn beigetragen.

In Südafrika begeht Europa gerade den gleichen Fehler. Auch hier hat man mit Mbeki viel zu lange einem Führer gehuldigt, dem es allein darum geht, die Hegemonie seines ANC am Kap zu etablieren. «Transformation» nennt Mbeki die Politisierung unabhängiger Institutionen wie Polizei, Armee, Gerichtswesen und Staatsfernsehen. In der Zwischenzeit hat Mbeki so fast alle Institutionen geschwächt – und die junge Demokratie am Kap untergraben.

UP AND DOWN

© HORSCH

